

5. Februar 1985

681.1 sd - CX/gd

Persönlich

Herrn Staatssekretär
 Cornelio Sommaruga
 Direktor des Bundesamtes
 für Aussenwirtschaft
 Eidgenössisches Volkswirt-
 schaftsdepartement

3003 B e r n

Ihr Besuch in Japan vom
 29. Januar bis 4. Februar 1985

Herr Staatssekretär,

./.

Als Beilage übermittle ich Ihnen sechs von meinen Mitarbeitern erstellte Gesprächsnotizen mit Beilagen; sie beziehen sich auf Ihre vom 30. Januar bis 1. Februar mit japanischen Chefbeamten sowie leitenden Persönlichkeiten des KEIDANREN geführten Gespräche über den Stand der Arbeiten in multilateralen Organisationen sowie über die bilateralen schweizerischen Begehren im Handels- und Dienstleistungsbereich. Ihrem Wunsche Folge leistend, möchte ich nachstehend auf knappem Raum den Versuch einer persönlichen Gesamtwertung Ihres Besuchs unternehmen. Diese muss das den Umständen entsprechende bestmögliche Ziel vor Augen haben. Das bestmögliche Ziel ist das Produkt japanischer Konzessionsbereitschaft und schweizerischen Verhandlungsdrucks. Da letzterer dem Kleinstaat in der Regel in nur geringem Umfang zur Verfügung steht, dünkt es mich realistisch, zunächst die japanische Ausgangslage kurz zu würdigen.

1) Grundzüge des japanischen Verhaltens

- a) Dass die Japaner ein homogenes, d.h. solidarisches, patriotisches, arbeitsames Volk sind, ist allseits bekannt. Dass der japanische Wohlstand jüngsten Datums ist und dass davon weite Gebiete des öffentlichen und privaten Lebens noch sehr unvollständig erfasst sind, wird im Westen ebenso oft vernachlässigt wie die in Japan verbreitete, teils religiös, teils vom ständigen Leben mit der Erdbebengefahr her genährte Ueberzeugung, dass alles von Menschenhand Geschaffene quasi über Nacht dahin sein kann. Vor diesem psychologischen Grundmuster erklärt sich leicht der verbissene Wille, gesetzte Ziele zu erreichen und die erreichten Positionen bis zuletzt zu verteidigen.

./.

Dodis



b) Der, von kriegerischen Episoden abgesehen, historisch nach innen gekehrte Patriotismus der Japaner, auf dessen Konto die erstaunliche Selbstgenügsamkeit dieses Volkes geht, ist erst in allerjüngster Zeit, und zwar von der Regierung her, aufgebrochen worden durch ein übrigens wachsendes Gefühl internationaler Verantwortung. Letzteres findet ihren Niederschlag in den doch ganz erheblichen japanischen Konzessionen der letzten Jahre in dem weiten Bereich der Marktöffnungsmassnahmen. Diese sind in Zeiten offeriert worden, wo andere Industriestaaten mit viel opulenterer Vergangenheit zu protektionistischen Massnahmen Zuflucht ~~ge~~griffen haben. Japan besitzt heute einen der niedrigsten Zolltarife aller Industriestaaten. Die jüngsten Massnahmen im Kapitalmarktbereich sind vor dem Hintergrund der historischen japanischen Introvertiertheit und der Besessenheit, zu kontrollieren und zu regulieren, als eigentlicher Durchbruch zu werten. Für den Schweizer handelt es sich dabei um den längst fälligen Vorstoss zu einer bewährten, heute aber gefährdeten Weltwirtschaftsordnung. Für den Japaner mit seiner ganz anders gearteten Erfahrung ist es ein Sprung ins Ungewisse.

c) Aus dem Obenstehenden folgt in beinahe natürlicher Weise:

- Die Japaner sind überzeugt, mancherlei wirtschaftliche Vorleistungen erbracht zu haben, die das binnenwirtschaftliche Gleichgewicht (Strukturanpassungen) zumindest herausfordern. Weitere Konzessionen können erst erfolgen, nachdem ihre Auswirkungen auf die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse Japans genau geprüft worden sind. Das ist ein Gebot nationaler Solidarität.
- Der in Gang gekommene Deregulierungsprozess bedeutet zumindest vorläufig nicht Abschaffung der Bürokratie, sondern deren vermehrten Einsatz als Transmissionsriemen zwischen Japans internationalen Verpflichtungen, die schon wegen der Rohstoff- und Exportabhängigkeit ein gewisses liberales "Commitment" der Regierenden voraussetzen, und dem in Japan zumindest vorläufig noch tief verwurzelten Abschirmungsreflex.

2) Die geeignete Gesprächspartnerebene

Die Rolle der japanischen Bürokratie im Prozess der schrittweisen Integration der japanischen Volkswirtschaft im weitesten Sinne in eine offene Weltwirtschaftsordnung ist so bedeutend, dass Kontakte auf höherer oder hoher Beamtenebene aus meiner Sicht das weitaus geeignetste Instrument zur Vermittlung unseres wirtschaftspolitischen Gedankenguts darstellen. Kontakte auf Kabinettssebene sind doppelt belastet durch das Gerank asiatischer Höflichkeit wie durch die beschränkte Kompetenz der japanischen Gesprächspartner auf

Ministerebene, die ihrerseits eine Folge der auf die innenpolitischen Verhältnisse meines Residenzlandes zurückzuführende, allzu häufige Auswechslung der Persönlichkeiten ist.

Insofern ist es nur konsequent und aus der Sicht dieser Botschaft auch befriedigend, dass Ihre Gesprächstaktik, Ihre Argumente und die japanischen Gegenargumente sich gewissermassen nahtlos an die entsprechenden Erfahrungen der Botschaft anschliessen. Es wird so gerade jene Diskrepanz der Bewertung vermieden, die sich zwischen Besuchern im Kabinettsrang und Botschaften beinahe zwangsläufig immer wieder einstellt - zumindest in Japan. Ihr Besuch hat die Botschaft gleichzeitig gestärkt und entlastet, freilich zum Preis der Erfahrung, dass Sie als Staatssekretär infolge der starken Sachbezogenheit Ihrer Gespräche ziemlich rasch auf dieselben Widerstände und Vorbehalte der Japaner stiessen wie der Unterzeichnete und seine Mitarbeiter seit Jahr und Tag. Für einen Besucher Ihres Rangs mag dies wegen Ihrer Exponiertheit gegenüber der schweizerischen Verwaltung bzw. Öffentlichkeit ein Risiko bedeuten. Aus meiner Sicht wiegt dieses Risiko eindeutig geringer als der japanischerseits gewonnene Eindruck, dass von der höchsten Beamtenstufe in Bern bis zum Dritten Sekretär auf der Botschaft eine "unité de doctrine" herrscht, die nicht auseinanderdividiert werden kann. Und an derlei Versuchen hat es in letzter Zeit japanischerseits nicht gefehlt.

3) Die Besuchsergebnisse

Die Ergebnisse Ihrer Gespräche entsprechen aus meiner Sicht ziemlich genau dem oben unter 1) dargestellten Kräfteparallelogramm: Japan muss und will sich aller geeigneter internationaler Gremien bedienen, um das System der offenen Weltwirtschaft zu bewahren und wenn möglich zu stärken. Insofern herrscht mit der Schweiz weitgehende Interessenidentität - weitgehende, aber nicht vollständige. Denn während wir aufs Praktische bedachte Schweizer sicherstellen wollen, was geschieht, genügt es den Japanern, dass etwas geschieht - und wäre es auch nur, weil multilaterale Fora ihnen Gelegenheit bieten, ihre Leistungen hervorzukehren und eine Weile vor neuen "Zumutungen" Ruhe zu haben. Diese unterschiedliche Sicht, die mehr als nur Nuance ist, wurde deutlich in Ihrem Gespräch mit Herrn Wakasugi, dem MITI-Vizeminister.

Andererseits ist Japan nicht gewillt, im handelspolitischen Bereich zusätzliche bilaterale Zugeständnisse zu machen, bevor deren multilateralisierte Auswirkungen auf die japanische Volkswirtschaft sorgfältig geprüft sind. Dafür, dass die Schweiz ihrer beinahe durchwegs strikt liberalen Haltung wegen im Effekt japanischen Unternehmen die günstigsten Entfaltungsbedingungen in der Schweiz einräumt - beispielsweise im Bankenwesen weit günstigere als umgekehrt - und dass die Schweiz dafür Entgegenkommen verdient, dafür sind die Japaner

- 4 -

beinahe ganz taub. Das wurde besonders deutlich in Ihrem Gespräch mit Vizefinanzminister Oba (Zulassung von Schweizer Banken zum Trust Banking Business). Es zeigt sich hier ein vom westlichen, namentlich vom angelsächsischen ganz verschiedenes Selbstverständnis der Japaner. Dieses Land scheint, wenn man sich freundlich ausdrücken will, in seinem Wohlstand noch zu jung, um schon eine gewisse Grosszügigkeit bzw. Fairness entwickeln zu können. Man gibt schlimmstenfalls alles und ohne Aufbegehren, was einem von Stärkeren abgetrotzt wird; dem Schwächeren "verschenkt" man nichts, es sei denn Gesten der Gastfreundschaft.

Gerade aus dieser Erfahrung heraus ist es oft so schwer zu entscheiden, inwieweit schweizerische Einzelprofilierung ("schaut doch, wie gut wir Euch behandeln!") uns in Japan nützt, bzw. von welchem Punkt an es angezeigt ist, etwa europäische Solidarität zu üben, selbst wenn diese von schlechterer Substanz sein sollte als unsere eigene Politik. Denn der Japaner folgt eher der Macht als der Qualität. Er hat bücken lange gelernt.

Diese Frage vermag ich nicht allgemein zu beantworten. Aber sie stellt sich beinahe jeden Tag neu.

Zusammenfassend möchte ich mit Ueberzeugung feststellen, dass Ihr Besuch nützlich war, weil er Klärungen herbeigeführt hat und weil er, zumindest hier in Japan, auch einen Beitrag zum Schulterschluss zwischen Bundesbehörden und Wirtschaftsvertretern darstellte. Zugleich ist gewiss deutlich geworden, wie gering unser gegenwärtiger Spielraum für Retorsionsmassnahmen etwa im Bankensektor ist, wo die Ungleichbehandlung zurzeit noch recht krass ist. Vor jeder Demarche müssen wir unsere spärlichen Truppen mustern. Vielleicht ist es an der Zeit, einige neue Jahrgänge auszuheben, im Klartext: unsere Gesetzgebung so umzugestalten, dass sie von den Behörden flexibler, je nachdem also auch härter gehandhabt werden kann. Solange dieses Instrumentarium fehlt, bleibt unsern Behörden an der Zentrale wie auf den Botschaften die Daueraufgabe gestellt: nicht zu laut auftreten, dauernd und konsequent handeln, das eigene Haus - wie Sie mehrmals treffend gesagt haben - in Ordnung halten. Man kann zum Glück feststellen, dass diese Haltung bisher Früchte getragen hat. Die besten reifen etwas länger.

Kopien der Gesprächsnotizen und ihrer Beilagen gehen an die Politische Abteilung II und an den Finanz- und Wirtschaftsdienst des EDA. Eine allfällige Verbreitung dieses persönlich gehaltenen Schreibens möchte ich Ihnen überlassen.

./.

- 5 -

Ich versichere Sie, Herr Staatssekretär, meiner vorzüglichen Hochachtung.

Der Schweizerische Botschafter

(D. Chenaux-Repond)

Beilagen:

- Gesprächsnotiz Teshima (mit Bankenmemorandum, Telex über Handelsgespräche Japan - USA und Memorandum über "transfrontier movement of hazardous wastes")
- Gesprächsnotiz Oba (mit Bankenmemorandum)
- Gesprächsnotiz Sumita/Ogata
- Gesprächsnotiz Wakasugi (mit japanischem Memorandum betreffend Abgasvorschriften für Motorräder)
- Gesprächsnotiz Tanimura
- Gesprächsnotiz KEIDANREN

Kopie an GK Osaka

681.1 - SC/ne

Gespräch Staatssekretär Sommaruga mit Stellvertr. Aussenminister
Teshima, 30.1.1985, 11:00 Uhr

Der einstündige Gedankenaustausch, der während des anschliessenden Mittagessens intensiv weitergeführt wurde, konzentrierte sich im wesentlichen auf folgende Punkte:

- 1) Neue GATT-Runde
- 2) OECD-bezogene Probleme
- 3) Bonner-Wirtschaftsgipfel
- 4) Probleme im bilateralen Waren- und Dienstleistungsverkehr
Schweiz - Japan
- 5) Varia

Zu 1: Neue GATT-Runde

S. erklärte, dass für die Schweiz ^{Stillstand} in der Liberalisierung des Welt-handels ein Rückschritt bedeute, dass es aber andererseits nicht angezeigt sei, sich auf ein Unterfangen einzulassen, wenn man sich nicht im Klaren sei, wohin dieses führe. Ein vernünftiger Fortschritt bei der Verwirklichung des Arbeitsprogrammes, was u.a. auch einen glaubwürdigen roll-back beinhalte, sei für die Schweiz Voraussetzung für den Start einer NR. Nicht zuletzt gehe es darum, dass jene Länder, die ihre alten Verpflichtungen erfüllt hätten, nicht nochmals für bereits Geleistetes zur Kasse geboten würden, bzw. nicht in gleicher Weise zur Kasse geboten würden wie jene, die ihren vertraglichen Verpflichtungen nicht nachgekommen seien.

Mizoguchi bemerkte, dass sich s.E. die schweizerische und japanische Haltung in Sachen NR nicht wesentlich von einander unterscheiden würden. Beide Länder insistierten auf einer Mehrheitspräsenz der

EL an einer NR, und der Mitwirkung der wichtigsten unter den EL. Letztere müssten jedoch in noch vermehrtem Masse überzeugt werden, dass ihnen aus einer Neuen Runde nicht nur potentielle Nachteile, sondern vorallem massgebliche Vorteile erwachsen würden. Fortschritte seien diesbezüglich in den letzten Monaten erzielt worden. Dies treffe auch für roll-back zu, wobei noch einiges zu machen sei, und man japanischerseits auf den heilsamen Einfluss des schweizerischen Delegierten zähle. Was die Parallelität betreffe, so überschneide sich doch Arbeitsprogramm und die Arbeiten des PrepCom weitgehend, so dass sich ersteres von letzterem absorbieren lasse. Während man mit anderen Worten in prozeduraler Hinsicht mutig voranschreiten sollte, liessen sich gleichzeitig in der Substanz gewisse Fortschritte ebenfalls erzielen.

Während S. auf die Gefahr zu hoch gesetzter Hoffnungen, die nicht erfüllt werden könnten, hinwies, und seine Distanzierung von Alibi-Übungen klar machte, plädierte auch T. für eine gewisse Parallelität von Arbeitsprogramm-Verwirklichung und NR, wobei er keine neuen Ideen hinsichtlich Substanz vorbrachte.

T. wiederholte abschliessend, dass schweizerische Haltung s.E. mit der japanischen in der Substanz identisch sei und Unterschiede nur in taktischer Hinsicht bestünden. In Sachen timing müsse man das günstige Klima, das in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht z.Z. in den USA herrsche, ausnutzen, so dass vielleicht bereits am Stockholmer-Treffen der Beginn der formellen Vorbereitungen beschlossen werden könnte.

Zu 2 : OECD-bezogene Fragen

S. begrüsst den japanischen Vorschlag, im Rahmen der OECD eine Studie über Informatik ausarbeiten zu lassen und zu finanzieren, und vertrat die Ansicht, dass der Vorschlag sicher noch bessere Aussichten habe, angenommen zu werden, wenn Japan nähere Einzelheiten, die Zielsetzung und eine gewisse Abgrenzung mit bereits erfolgten Untersuchungen, bekanntgeben könnte.

T. bestätigte, dass gegenwärtig entsprechende Abklärungen mit japanischen Experten vorgenommen würden und ein formeller Vorschlag voraussichtlich der nächsten Ministerkonferenz unterbreitet werden könne.

S. wies auf OECD-Ministerkonferenz in Basel über grenzüberschreitende gefährliche Transporte hin und lud, unter gleichzeitiger Ueberreichung ././ Beilage 1, Japan ein, sich auf hoher Ebene zu beteiligen; eine Einladung die Teshima bestens verdankte.

Betreffend OECD allgemein unterstrichen beide Gesprächspartner die Notwendigkeit eines hochqualifizierten Arbeitsteams auf allen Bereichen des Sekretariates; sie waren sich im übrigen einig, dass die heutige Kompartimentalisierung nicht optimale Ergebnisse garantiere, und dass ein einziges Treffen vor den jeweiligen Ministerkonferenzen eigentlich genügen sollte.

Zu 3 : Bonner-Wirtschaftsgipfel

Auf die Frage von S. über die Vorbereitungsarbeiten Japans zum Bonner-Treffen erklärte T.: die Lage der amerikanischen Wirtschaft sei zu ungewiss, und zu Vieles hänge von eben dieser Wirtschaft ab, als dass es bisher sinnvoll gewesen wäre, irgendwelche nähere Einzelheiten zu beschliessen. Eine plötzliche Verlangsamung des Revitalisierungsprozesses könne nämlich nicht ausgeschlossen werden ("crash landing of US economy"), was die Arbeitslosigkeit im Westen wiederum in die Höhe treiben würde und die Europäer möglicherweise zu Stimulierung ihrer Wirtschaft durch Anhebung des Preisniveaus verleiten könnte. Was die Festlegung der Agenda betreffe, so sei z.Z. weder in Sachen Handel noch Energie etwas Spezielles vorgesehen. Zu erwarten sei freilich, dass Bundeskanzler Kohl aus innenpolitischen Erwägungen Wert darauflege, Fragen der Umwelt zur Sprache zu bringen.

Zu 4: Probleme im bilateralen Waren- und Dienstleistungsverkehr

a) schweizerische Anliegen:

S.: würdigte die beachtlichen Zugeständnisse, die Japan hinsichtlich Zollsatzsenkungen und Anwendung des GATT-Codex beim Abbau nicht-tarifischer Handelshemmnisse in neuster Zeit machte, gab aber

gleichzeitig seinem Bedauern Ausdruck, dass die japanischen Behörden dabei fast ausschliesslich nur dem Druck seitens der USA und der EG nachgegeben hätten, während die kleinen, zuverlässigen, Japan nicht bedrängenden Handelspartner bisher praktisch leer ausgegangen seien. Das in den letzten Jahren für die Schweiz entstandene Defizit im bilateralen Warenverkehr mit Japan sei zwar kein Grund zu eigentlicher Besorgnis, dennoch erwarte man schweizerischerseits, dass bei den Japan vor einiger Zeit unterbreiteten und immer noch nicht gelösten Problemen allmählich etwas Fortschritt sichtbar werde. Vorallem erwarte man eine gewisse Koheränz in der japanischen Argumentation.

Im Warenverkehr:

- Beim Schachtelkäse erlaube^{das} jetzige, undurchsichtige Quotensystem (weder die Höhe der Quote noch der Berechnungsmodus sei bekannt) kein sinnvolles Marketing. Schweizerischerseits bestehe man daher nach wie vor auf einer völligen Aufhebung mengenmässiger Beschränkungen, evt. unter Einführung eines Mindest-Richtpreises.
- Hinsichtlich Käse, Skischuhe und Schokoladenmasse seien die Zölle nach wie vor zu hoch.
- Bei gewissen Luxusartikeln, namentlich bimetalen Uhren, sei eine flexible Berechnungsmethode der Luxussteuer angezeigt.
- An der Praktizierung eines wirksameren Schutzes des geistigen Eigentums (Patentschutz und Fälschungen) bleibe man schweizerischerseits nach wie vor lebhaft interessiert.

Im Dienstleistungsbereich: plädierte S. dafür, dass die privatwirtschaftlichen Unternehmen Selbstverantwortung für ihre Geschäftstätigkeiten übernehmen können sollten, und^{dass} die japanischen Behörden nicht aus Erwägungen über evt. ungenügende Profitabilität, Expansionspläne der Privatwirtschaft unterbinden sollten. Unter gleichzeitiger Ueberreichung einer Kopie des für das Finanzministerium bestimmten Memorandums wurden die Refinanzierungsschwierigkeiten von Schweizerbanken in Japan in Erinnerung gerufen, und deren waches Interesse an ihnen bisher verschlossenen Geschäftsbereichen erneut und mit Nachdruck bestätigt, namentlich den direkten und allumfassenden Zugang zum Trust banking und zum Wertpapiergeschäft (Beilage 2).

Ferner wurde mit Deutlichkeit das Gesuch des schweizerischen Luftfahrtamtes und der Swissair um die Bewilligung, ab April 1986 von wöchentlich zwei Polar- (mit Weiterziehung nach Seoul), und gleichzeitiger Beibehaltung von zwei Südrouutenflügen, in Erinnerung gerufen (sowie Frachtproblem).

T. nahm die schweizerischen Anliegen erneut zur Kenntnis, wies jedoch gleichzeitig auf den "sehr engen Bewegungsraum für weiteres Entgegenkommen Japans" aufmerksam. Bei Anliegen, die Diary-Produkte zum Inhalte hätten, sei aus innenpolitischen Erwägungen zur Zeit jegliches Entgegenkommen, sei es tarifarisch oder mengenmässig, "äusserst schwierig". Auf Grund des Hotelquoten-Systems würden jedoch alle Gesuche für Schachtelkäse bewilligt, in Sachen Schokolade sei andererseits die letzte Senkung auf z.Z. 20% (bzw. 35% für Masse) nur nach äusserst langer Ueberzeugungsarbeit seitens der Verwaltung durchgesetzt worden, wobei die unterschiedliche Behandlung von Fertig- und Halbfertig-Schokolade als Konzession an die interne Lobby hätte eingeführt werden müssen. Für die Anliegen im Bankenbereich und Luftfahrtfragen sei eine direkte Fühlungnahme mit den zuständigen Fachministerien zu empfehlen.

S. erwiderte, dass das Entgegenkommen Japans an die Grossen und das gleichzeitige Uebersehen der Kleinen in der Schweiz von einzelnen Bevölkerungsgruppen allmählich als irritierend empfunden würden, und appellierte erneut an den good-will des Gaimusho.

T. machte unmissverständlich nochmals klar, dass schweizerischerseits keine Hoffnungen für Entgegenkommen in den noch ungelösten Problemen erwartet werden könne, ausser vielleicht hinsichtlich Schokolademasse (Gleichbehandlung mit Fertigschokolade).

b) japanisches Anliegen

T. brachte die "technische Unfähigkeit" japanischer Motorfahrzeugproduzenten zur Sprache, namentlich jener von mittleren und schwereren Typen, die eidgenössischen Vorschriften zur Lärmbekämpfung einzuhalten, und bat um Unterstützung bei den zuständigen Behörden in der Schweiz.

S. wies auf die Hintergründe des bereits 1979 verabschiedeten Gesetzes hin und gab zu verstehen, dass man sich heute in der Schweiz der technischen Schwierigkeiten zur Einhaltung der gesetzten Normen bewusst sei. Sollten japanische Regierungsexperten wünschen, ihre Ansichten den schweizerischen Homologen im EJPD zu erläutern und die japanischen Normen/Messungsmethoden zu erklären, so werde man vom BAWI her ein entsprechendes Gesuch an das zuständige Departement mit Wohlwollen unterstützen.

Zu 5: Verschiedenes

Japanisch-amerikanische Handelsgespräche, Tokio 29.-30.1.85

T. informierte S. kurz über die bilateralen Handelsgespräche mit Wallis - Olmer - Smith, die im wesentlichen die institutionellen Voraussetzungen für eine detaillierte Bestandesaufnahme der bilateralen Handelsprobleme durch Arbeitsgruppen in den Bereichen Telekommunikation, Pharma-medizinische Apparate, Holzprodukte und Elektronische Geräte geschaffen hätten. Funktion dieser Gruppen werde voraussichtlich mehr jene eines Ueberwachens der Handelsspannungen sein, als jene eines eigentlichen Konfliktlösens (vergl. Beilage 3).

Cocom:

S. wies auf die nachteilige Behandlung der schweizerischen Industrie hin, welche dieser aus Einführung durch die USA des sogenannten distribution licensing system für Cocom-Länder und Australien-Neuseeland (ANZUS) entstehe. Schweizerische Unternehmen hätten im Gegensatz zu den vorerwähnten Ländern für jeden einzelnen Import in die Schweiz ein Einzelgesuch zu stellen. Da die Schweiz für alle Fälle, in denen diesbezügliche Produkte in die Schweiz als Endstation exportiert worden seien, volle Kontrolle garantiert habe (was zugegebenermassen für Transitgüter nicht zutrefte), sei die amerikanische Erneuerung für die Schweiz diskriminierend. Die schweizerische Industrie wünsche, den Cocom-Ländern nicht nur höchste Technologie zu verkaufen, sondern auch solche kaufen zu können.

T. erwiderte, von der Einführung eines distribution licensing system nichts zu wissen (MITI zuständig), wies jedoch auf die nicht immer kontinuierliche Politik Washingtons hin: schlechtere Behandlung der VR China im Vergleich zu den übrigen kommunistischen Staaten vor 1972, hingegen eindeutig bessere Stellung der VR China im Vergleich zu den übrigen sozialistischen Lager seit geraumer Zeit. Auch Japan habe mit den USA in Sachen Cocom seine Probleme.

Tokio, 1.2.85

Beilage 1M e m o r a n d u m

A high-level conference on international co-operation in the field of transfrontier movement of hazardous wastes will take place in Basle, Switzerland, from 26 to 28 March 1985. This gathering is organized by OECD with the financial assistance of the Swiss Government.

The conference is expected to strengthen the political and intellectual attention paid to this important matter and will hopefully lead to the negotiation of a model convention under the auspices of OECD.

Mr. A. Egli, Federal Counsellor, Head of the Swiss Department of the Interior, responsible for environmental affairs, will lead the Swiss Delegation. It would be his strongest wish that the Japanese Minister in charge of environment could lead his country's Delegation. If he were unable to take part personally, it would be very much appreciated if a senior civil servant took his place at the conference.

The higher the level of representation of National Delegations the better the chances that the Swiss initiative will lead to constructive results.

überreicht:

- Original an Hrn. T. OBA (Vice Minister for International Affairs, Ministry of Finance), 30.1.85
- Kopien an:- Hrn. R. Teshima (Deputy Minister for Foreign Affairs, Ministry of Foreign Affairs), 30.1.85
- Hrn. Ogata (Deputy Governor of BOJ), 1.2.85

M E M O R A N D U M

1. In the past years, the Swiss Authorities have adopted a liberal attitude towards Japanese financial institutions, not only concerning their admission in Switzerland, but also regarding their scope of activities. Japanese banks and financial institutions have considerably benefitted from this situation. Thus, 19 Japanese bank-like finance companies are active in Switzerland. Furthermore two new requests for such companies wishing to be active in Switzerland have just been accepted by the Swiss competent Authorities. Although they may engage in all universal banking activities with the exception of the acceptance of deposits from the public, they have not been submitted to a reciprocity requirement so far. Furthermore, the Swiss Authorities have proved to be very understanding in the field of banking reciprocity. Whereas, in accordance with the concept of "numerical reciprocity", three Japanese banks were authorized to establish themselves in Switzerland between 1970 and 1976 against three Swiss banks in Japan, the Federal Banking Commission allowed in 1984, without counterpart, two more Japanese banks to open a subsidiary, respectively to take control of an existing bank in Switzerland.

2. Moreover, numerous Japanese corporations, public utilities and other bodies have enjoyed easy access and attractive conditions on the Swiss capital market. Japan has become the most important foreign borrower of Swiss finance capital. In 1984, according to data of the Swiss National Bank, some 31 % of all authorized Swiss capital exports, i.e. 12,5 bio. Swiss francs, went to Japan. Issues of Japanese bonds

amounted to 2,3 bio. Swiss francs (21 % of all foreign issues in Switzerland) and issues of notes to 10,2 bio. Swiss francs (53 % of all foreign notes issued in Switzerland). In the same year, according to unofficial estimates, about one half of all foreign finance capital imported into Japan was raised on the Swiss capital market. In 1983, the ratio had even been close to three quarters.

3. In 1984, the Japanese Ministry of Finance announced and initiated a series of measures in the field of financial and banking activities with a view to liberalising Japan's domestic capital market, securing a freer access to the Japanese market for foreign financial institutions and developing a free Euroyen. Considering the fact that Japan's domestic capital market has been highly regulated over the years in terms of interest rates, activities of financial institutions, market access and the international use of the yen, the Swiss Government welcomes this development.
4. However, the Swiss Government regrets to note that Swiss banks still face a much less favorable treatment in Japan than Japanese banks in Switzerland. Since banking activities in Japan are strictly partitioned, Swiss banks have had so far to restrict themselves to the field of commercial banking and have been excluded from important sectors such as securities business and trust banking. They are also still subject to legal and administrative restrictions in the field of investment advisory services and with regard to refinancing facilities. Furthermore,

- 3 -

as Japanese fiscal authorities do not recognize the application of the arm's length principle in the case of interbranch loans - as contained in article 7 of the OECD draft convention on double taxation as well as in article 7 of the double taxation Agreement between Switzerland and Japan -, the Swiss banks in Japan are confronted with fiscal difficulties which Japanese banks do not face in Switzerland.

Against this background, a representative of the Swiss Bankers Association took the opportunity of meetings, on January 9 and 10, 1985 in Tokyo and Osaka, between a delegation of the Swiss Vorort and its Japanese counterparts, the Japan Federation of Economic Organisations (Keidanren) and the Kansai Economic Federation (Kankeiren), to submit to the latter a position paper on the "Inequality of Business Opportunities open to Swiss Banks in Japan".

5. The Swiss Authorities endorse the Swiss Bankers Association's requests. They strongly hope that the Japanese Authorities will undertake further efforts with a view to achieving a better balance between the business opportunities of Japanese banks and finance companies in Switzerland and those of Swiss banks in Japan.

Substantial progress should be achieved in the following specific areas:

- Swiss banks should be given direct and comprehensive access to the securities business in Japan, for instance through affiliates of their internationally active securities subsidiaries, as is already the case for Citibank through Vickers da Costa

./.

- 4 -

- free access to the field of investment advisory services
 - free access to trust banking licences on the same basis as other foreign banks and without overall numerical limit
 - in the general area of yen refinancing, the following measures should inter alia be taken in order to achieve better market conditions and equal treatment between all foreign banks: substantial increase in the rediscount facilities with the Bank of Japan and establishment of direct borrowing facilities in yen at the Bank of Japan
 - abolition of the still remaining restrictions in the field of precious metal trading
 - in the fiscal area, the Japanese Authorities should accept as interest expense for taxation purposes the effective cost rather than LIBOR closing rates as quoted by Reuters.
6. Moreover, the Swiss Government expresses its expectation that the Japanese Government will extend to Swiss banks in Japan all advantages already granted or which will be granted in the future to other foreign banks. The Swiss Authorities want to underline that the latest banking reciprocity decisions of the Federal Banking Commission were taken on the assumption that there would be no future discrimination of Swiss banks with regard to other foreign banks in Japan. If their expectations in this respect were not fulfilled, the Swiss Authorities might have to reconsider the liberal attitude they have adopted so far. In any case, a discrimination of Swiss banks would not be understood in Switzerland.

./.

7. The Swiss Government is nevertheless convinced that the Japanese Government will honour the liberal and forthcoming attitude Switzerland has always shown in respect of all Japanese requests concerning the opening of the Swiss financial market.

681.1
512.13(USA) - SC/ne

Abschrift eines Telex an EDA, mit Kopie für BAWI und
Botschaft Washington

Handelsgespräche Japan - USA in Tokio, 29.-30.1.85

Stv. Aussenminister Teshima, Leiter der japanischen Delegation, äusserte sich über das Treffen mit Wallis - Olmer - Smith gegenüber Staatssekretär Sommaruga wie folgt:

1) Keine Einigkeit über Ursachen des wachsenden Handelsdefizites

Während die amerikanische Seite dem "unfairen Zugang" amerikanischer Produkte auf dem japanischen Markt allgemein und im besonderen auf vier Bereichen, auf denen sich die USA besonders konkurrenzfähig halten (Telekommunikation, Pharma-medizinische Apparate, Holzprodukte, Elektronische Produkte) ein massgebliches Gewicht am stark unausgeglichenen Warenaustausch beigemessen hätten, hätten die Japaner ungenügende Anstrengungen seitens amerikanischer Unternehmen und den stark überbewerteten Dollar als Hauptursache für das hohe Handelsbilanz-Defizit geltend gemacht. Letzteres werde im laufenden KJ noch weiter zunehmen. Ohne entsprechende Barrieren könnten die USA, nach Wallis, für mindestens US-\$ 10 Mrd. mehr Produkte nach Japan exportieren.

2) Hauptziel des Treffens sei gewesen, gemäss der von Nakasone-Reagan in Los Angeles getroffenen Abmachung, eine Bestandesaufnahme auf den Bereichen Telekommunikation, Elektronische Geräte, Pharma-medizinische Apparate und Holzprodukte vorzunehmen ("to see what the problems actually are"). Beide Seiten hätten sich im Verlaufe des zweitägigen Treffens geeinigt,

- dass nicht nur Japan, sondern auch die amerikanischen Produzenten grössere Anstrengungen als bisher zu unternehmen hätten (vermehrte Ausrichtung amerikanischer Produkte auf den japanischen Konsumenten, aktiveres Marketing), und

- 2 -

- dass eine sektorielle Reziprozität im Warenaustausch auf den vier erwähnten Bereichen nicht angestrebt werden sollte.

3) In Analogie zum Vorgehen im Finanzbereich (Oba-Sprinkel-Gruppe) sei man überein gekommen, für die vier erwähnten Bereiche bilaterale Untergruppen zu schaffen, die --immer unter der Oberleitung von Abe - Shultz --praktikable Lösungen auszuarbeiten hätten, und vorallem verhindern müssten, dass Handelsprobleme in den kommenden Monaten nicht wieder wie bisher so oft, zu politischen Auseinandersetzungen abgleiten würden. Für den Telekommunikationsbereich habe in Anbetracht der Dringlichkeit der Probleme (Reprivatisierung von NTT auf den 1.4.85) am 30. Januar bereits eine erste Sitzung stattgefunden, die zu einer verfeinerten Bestandesaufnahme geführt habe. Für die drei anderen Bereiche würden ähnliche Treffen im Verlaufe des Februar stattfinden.

4) Japan werde mit den USA "keine bilaterale Abmachungen" in den vier erwähnten Bereichen treffen, und was beschlossen werde, selbstverständlich automatisch multilateralisieren. Die wachsende Tendenz Washingtons zum Bilateralismus hin sei gefährlich (Israel, Kanada, Karibik) und werde von Japan nicht unterstützt.

D. Chenaux-Repond

Tokio, 30.1.1985

für Kopie

681.1 - SC/ne

a/a

Gespräch Staatssekretär Sommaruga mit Vize-Finanzminister Oba,
30.1.1985, 14:30 Uhr

Das gut halbstündige Gespräch konzentrierte sich vorallem auf folgende Themenkreise:

- 1) Verschuldung der EL
- 2) Bilaterale Beziehungen im Bankenbereich
- 3) Steuerliche Fragen

Zu 1 : Verschuldung der EL

S.: Bezugnehmend auf die Sitzungen des World Development Committee und des Interim Comitee des IWF im kommenden April in Washington, zu denen die Schweiz als Beobachter eingeladen sei, plädierte S. für langfristige Lösungen, wobei sowohl auf der Schuldner- als auch auf der Gläubigerseite noch mehr Erziehungsarbeit geleistet werden müsse.

O. stimmte dem zu, und unterstrich, dass Japan in diesen beiden Treffen nicht eine Konfrontation haben (und auch keine Verhandlungen führen wolle), sondern einen konstruktiven Dialog entstehen sehen möchte. Die Grundhaltung des MOF in der Verschuldungsfrage lasse sich wie folgt zusammenfassen: - Fallweise und nicht allgemeine Behandlung, - Diagnostizierung^{der} Verschuldung der lateinamerikanischen Länder als Liquiditätsproblem und nicht als ein Problem der Zahlungsunfähigkeit (mit der evt. Ausnahme Argentinien) oder gar der Zahlungsunwilligkeit, - ausgesprochen langfristiger Zeithorizont, wolle man das Problem wirklich lösen (das Beispiel

- 2 -

Mexikos könne als Indikation gelten). Japan sei im übrigen nicht glücklich darüber, dass trotz des grossen Zeitaufwandes, die mit der Ausarbeitung eines Communiqué verbunden sei, nun doch eine "kurze Meldung" ausgearbeitet werden müsse. Für eine Reihe von Ministern aus den EL sei dies jedoch offenbar von allzu grossem Interesse.

S. wies seinen Gesprächspartner auf das Interesse der Schweiz hin, trotz Beobachterstatus doch die Möglichkeit zu haben, sich in Washington zu Wort zu melden.

Zu 2: Bilaterale Beziehungen

S. bestätigte einleitend, dass die SBK im Sinne einer good-will-Geste Ende Januar zwei weiteren japanischen Finanzierungsinstituten die Bewilligung erteilt habe, in der Schweiz eine bank-ähnliche Finanzgesellschaft zu eröffnen. Die physische Präsenz japanischer Institute in der Schweiz sei damit noch eindrücklicher geworden (26 Körperschaften, wovon 5 Banken, eine davon mit einem integralen Lokalnetz). Die schweizerische Präsenz in Japan sehe dem gegenüber eher bescheiden aus. Die Geschäftsmöglichkeiten der japanischen Institute in der Schweiz sei sehr attraktiv, für Banken aufgrund des schweizerischen Universalbanken-Systems von den Behörden her gesehen gar völlig frei von jeglichen Beschränkungen. Demgegenüber seien die Geschäftsmöglichkeiten der schweizerischen Banken in Japan von den Behörden her arg eingeschränkt, was zugegebenermassen auf die historische Entwicklung im Finanzwesen Japans zurückzuführen sei (Kompartimentalisierung und Besicherung), dennoch aber als störend empfunden werde. Bei aller Anerkennung des in neuester Zeit verwirklichten Fortschrittes in Richtung Liberalisierung und Internationalisierung des japanischen Finanzwesens ^{be-}stünden eine Reihe erheblicher Hindernisse weiter. Die schweizerischen Behörden würden daher die Forderungen der Schweizerischen Bankenvereinigung wie diese anfangs Januar in dem via Keidanren-Kankeiren dem Finanzministerium zugestellten Positionspapier aufgeführt seien, voll und mit Nachdruck unterstützen.

./.

Unter gleichzeitiger Ueberreichung des beigelegten Memorandums gab S. seiner besonderen Hoffnung auf eine baldige Weiterverbesserung der immer noch unbefriedigenden Refinanzierungsmöglichkeiten unserer Banken in Japan Ausdruck, und forderte uneingeschränkten und direkten Zugang zum Wertpapiergeschäft, sowie gebührende Berücksichtigung schweizerischer Bewerber bei der Zuteilung von Trust-Bank-Lizenzen (und zwar als Endziel ohne jegliche numerische Beschränkung). Betreffend Anlagenberatung sei es für die Schweiz wichtig, auch in Zukunft uneingeschränkten Zugang zu diesem Geschäftsbereich zu haben (z.Z. keine Beschränkung, hingegen könnte in den nächsten 2-3 Jahren ein regulierender investment advisory act ausgearbeitet werden). Auch den übrigen Anliegen der Banken sei gebührend Beachtung zu schenken.

O. begrüßte die erfolgreichen Anstrengungen der schweizerischen Behörden zur Liberalisierung des eigenen Marktes und unterstrich, dass Japans zwar später begonnen habe, aber schrittweise in dieselbe Richtung vordringen wolle. Hinsichtlich Refinanzierungsmöglichkeiten seien ebenfalls erhebliche Fortschritte erzielt worden, so dass diesbezüglich eigentlich keine Schwierigkeiten für ausländische Banken in Japan bestehen sollten. Betreffend ungenügende Rediskont-Kontingente (Yen 500 Mio. pro Bank) und nicht-existente direkte Kreditaufnahmemöglichkeiten bei der Zentralbank (Lombard-Kredite) verwies er auf die Zuständigkeit der BOJ.

Im Wertpapierbereich sei wegen der bekannten funktionellen Spezialisierung der japanischen Finanzierungsinstitute (commercial banking, securities, long-term, trust etc.) es für schweizerische Handelsbanken äusserst schwierig, hier in direkter Weise tätig zu werden. Selbstverständlich stehe es auch jeder Schweizer Handelbank frei, zwischen banking und securities zu wählen. Eine Reihe englischer merchant banks habe sich denn in der neuesten Vergangenheit für das Wertpapiergeschäft entschieden. Die zwei möglichen, wenn auch nicht sicheren "Schleiche" für Handelsbanken, zu einer Wertpapierhaus-Lizenz in Japan zu gelangen,

"könne er nicht empfehlen, möchte deren Existenz aber auch nicht bestreiten", nämlich Erwerb eines bereits in Japan etablierten Wertpapierhauses (eine erteilte Lizenz zu erneuern sei wesentlich einfacher als eine neue zu erhalten) oder Einreichung eines Gesuches durch ein Wertpapierhaus, das von der betroffenen Handelsbank ^{zu}weniger als 50% kontrolliert werde ("this affiliate will have some possibilities").

Betreffend Trustbanken ermunterte Oba die Schweizerbanken, ihr Gesuch vor Ende März einzureichen und sicherte "völlig objektive und alle Bewerber gleichbehandelnde Prüfung" zu. Die schweizerischen Vorleistungen i.S. IBJ, Banco del Gottardo und den neuesten Bewilligungen japanischer Finanzgesellschaften würden nicht ins Gewicht fallen, wie eine entsprechende Frage seitens Chenaux-Repond zeigte.

S. appellierte nochmals eindringlich an Oba, die schweizerischen Interessen i.S. Wertpapier- und Trustbereich im Besonderen, und die schweizerischen Anliegen generell, im Lichte der numerisch eindrücklichen Präsenz japanischer Finanzierungsinstitute in der Schweiz und deren von den schweizerischen Behörden praktisch uneingeschränkten Geschäftsmöglichkeiten zu sehen.

Zu 3: Steuerfragen

Was das seit 1971 unveränderte Bestehen einer 10%-Quellensteuer auf Lizenzgebühren betreffe, die Sommaruga für technologieaus-tausch-fördernde, hochindustrialisierte Länder wie Japan und die Schweiz als zu hoch bezeichnete, so verwies Oba auf die Zuständigkeit der unabhängigen "national tax administration" hin, die zwar im MOF integriert sei, auf die er jedoch keinen Einfluss ausüben könne. Er sei jedoch gern bereit, seinem zuständigen Kollegen das schweizerische Anliegen in Erinnerung zu rufen. Auf das Ersuchen, die effektiven Kosten für Zinsbeträgnisse anstelle der von Reuters notierten Libor-Schlusskurse zu berücksichtigen, ging er nicht ein.

Tokio, 1.2.1985

überreicht:

- Original an Hrn. T. OBA (Vice Minister for International Affairs, Ministry of Finance), 30.1.85
- Kopien an:- Hrn. R. Teshima (Deputy Minister for Foreign Affairs, Ministry of Foreign Affairs), 30.1.85
- Hrn. Ogata (Deputy Governor of BOJ), 1.2.85

M E M O R A N D U M

1. In the past years, the Swiss Authorities have adopted a liberal attitude towards Japanese financial institutions, not only concerning their admission in Switzerland, but also regarding their scope of activities. Japanese banks and financial institutions have considerably benefitted from this situation. Thus, 19 Japanese bank-like finance companies are active in Switzerland. Furthermore two new requests for such companies wishing to be active in Switzerland have just been accepted by the Swiss competent Authorities. Although they may engage in all universal banking activities with the exception of the acceptance of deposits from the public, they have not been submitted to a reciprocity requirement so far. Furthermore, the Swiss Authorities have proved to be very understanding in the field of banking reciprocity. Whereas, in accordance with the concept of "numerical reciprocity", three Japanese banks were authorized to establish themselves in Switzerland between 1970 and 1976 against three Swiss banks in Japan, the Federal Banking Commission allowed in 1984, without counterpart, two more Japanese banks to open a subsidiary, respectively to take control of an existing bank in Switzerland.

2. Moreover, numerous Japanese corporations, public utilities and other bodies have enjoyed easy access and attractive conditions on the Swiss capital market. Japan has become the most important foreign borrower of Swiss finance capital. In 1984, according to data of the Swiss National Bank, some 31 % of all authorized Swiss capital exports, i.e. 12,5 bio. Swiss francs, went to Japan. Issues of Japanese bonds

amounted to 2,3 bio. Swiss francs (21 % of all foreign issues in Switzerland) and issues of notes to 10,2 bio. Swiss francs (53 % of all foreign notes issued in Switzerland). In the same year, according to unofficial estimates, about one half of all foreign finance capital imported into Japan was raised on the Swiss capital market. In 1983, the ratio had even been close to three quarters.

3. In 1984, the Japanese Ministry of Finance announced and initiated a series of measures in the field of financial and banking activities with a view to liberalising Japan's domestic capital market, securing a freer access to the Japanese market for foreign financial institutions and developing a free Euroyen. Considering the fact that Japan's domestic capital market has been highly regulated over the years in terms of interest rates, activities of financial institutions, market access and the international use of the yen, the Swiss Government welcomes this development.
4. However, the Swiss Government regrets to note that Swiss banks still face a much less favorable treatment in Japan than Japanese banks in Switzerland. Since banking activities in Japan are strictly partitioned, Swiss banks have had so far to restrict themselves to the field of commercial banking and have been excluded from important sectors such as securities business and trust banking. They are also still subject to legal and administrative restrictions in the field of investment advisory services and with regard to refinancing facilities. Furthermore,

./.

- 3 -

as Japanese fiscal authorities do not recognize the application of the arm's length principle in the case of interbranch loans - as contained in article 7 of the OECD draft convention on double taxation as well as in article 7 of the double taxation Agreement between Switzerland and Japan -, the Swiss banks in Japan are confronted with fiscal difficulties which Japanese banks do not face in Switzerland.

Against this background, a representative of the Swiss Bankers Association took the opportunity of meetings, on January 9 and 10, 1985 in Tokyo and Osaka, between a delegation of the Swiss Vorort and its Japanese counterparts, the Japan Federation of Economic Organisations (Keidanren) and the Kansai Economic Federation (Kankeiren), to submit to the latter a position paper on the "Inequality of Business Opportunities open to Swiss Banks in Japan".

5. The Swiss Authorities endorse the Swiss Bankers Association's requests. They strongly hope that the Japanese Authorities will undertake further efforts with a view to achieving a better balance between the business opportunities of Japanese banks and finance companies in Switzerland and those of Swiss banks in Japan.

Substantial progress should be achieved in the following specific areas:

- Swiss banks should be given direct and comprehensive access to the securities business in Japan, for instance through affiliates of their internationally active securities subsidiaries, as is already the case for Citibank through Vickers da Costa

./.

- 4 -

- free access to the field of investment advisory services
 - free access to trust banking licences on the same basis as other foreign banks and without overall numerical limit
 - in the general area of yen refinancing, the following measures should inter alia be taken in order to achieve better market conditions and equal treatment between all foreign banks: substantial increase in the rediscount facilities with the Bank of Japan and establishment of direct borrowing facilities in yen at the Bank of Japan
 - abolition of the still remaining restrictions in the field of precious metal trading
 - in the fiscal area, the Japanese Authorities should accept as interest expense for taxation purposes the effective cost rather than LIBOR closing rates as quoted by Reuters.
6. Moreover, the Swiss Government expresses its expectation that the Japanese Government will extend to Swiss banks in Japan all advantages already granted or which will be granted in the future to other foreign banks. The Swiss Authorities want to underline that the latest banking reciprocity decisions of the Federal Banking Commission were taken on the assumption that there would be no future discrimination of Swiss banks with regard to other foreign banks in Japan. If their expectations in this respect were not fulfilled, the Swiss Authorities might have to reconsider the liberal attitude they have adopted so far. In any case, a discrimination of Swiss banks would not be understood in Switzerland.

./.

7. The Swiss Government is nevertheless convinced that the Japanese Government will honour the liberal and forthcoming attitude Switzerland has always shown in respect of all Japanese requests concerning the opening of the Swiss financial market.

681.1 - SC/ne

Gespräch Staatss. Sommaruga mit Zentralbank-Gouverneur Sumita
und Stellvertr. Gouverneur Ogata, 1.2.1985, 16:30 Uhr

Nach einem kurzen Höflichkeitsbesuch bei Gouverneur Sumita, der die substantielle Bedeutung des schweizerischen Kapitalmarktes für japanische Unternehmen anerkannte und die von den schweizerischen Behörden gewünschten Konzessionen zugunsten der Schweizerbanken in Japan zur Kenntnis nahm, wurde der vierzig-minütige Gedankenaustausch mit Ogata weitergeführt, und zwar im wesentlichen über folgende Themen:

- 1) Verschuldungsproblematik
- 2) Bilaterale Bankenprobleme
- 3) Personale Änderungen bei der Bank of Japan

Zu 1: Verschuldungsproblematik

O. meinte, dass sich die Lage vorwiegend wegen der sich erholenden Wirtschaftskonjunktur in Amerika entspannt habe, nun aber die Gefahr entstehe, dass die tieferliegenden Probleme der gesamten Verschuldungsproblematik wiederum etwas in Vergessenheit geraten. Trotz aller begrüßenswerten, relativen Verbesserung habe er daher gemischte Gefühle. Hinzu komme, dass sinkende Oelpreise zwar einer Reihe von Verschuldungsländern eine gewisse Erleichterung brachten, gleichzeitig aber auch verschiedenen kapitalexportierenden Ländern ihre Mittel für Kreditgewährung an EL schmälern würden. Für Industrieländer werde es zu einer noch vordringlicheren Aufgabe als bisher, den EL vermehrt Kapital zur Verfügung zu stellen, nicht zuletzt in Form von Direktinvestitionen.

S. stimmte diesem Vorschlag zu, und gab seiner Hoffnung Ausdruck, dass Japan seine Ideen in Washington im kommenden April bekanntgebe. Eine Reihe von EL fürchteten bekanntlich, durch Direktinvestitionen die unternehmerische Verantwortung an die ausländischen Investoren abzutreten und in der Folge die Kontrolle über die Wirtschaft zu verlieren. Singapur sei jedoch ein Beispiel für das Gegenteil.

O. plädierte im weiteren für vermehrte öffentliche Entwicklungshilfe zugunsten der LDC und bestätigte, dass der einschlägige Posten im Staatshaushalt Japans für das nächste FJ der einzige sei, der ein Wachstum von 10% gegenüber dem Vorjahres-Voranschlag aufweise. Geberländer sollten sich schliesslich in vermehrtem Masse auf die Wünsche der Empfängerländer einstellen. Japan gewähre seit geraumer Zeit Entwicklungshilfe nurmehr auf Initiative seitens der Empfänger hin, dränge mit anderen Worten keine Vorhaben mehr auf.

S. trat dafür ein, dass gemischte Finanzierung (associated finance) nicht zu Wettbewerbsverzerrungen führen dürfe, wie dies manchmal bei einzelnen Industrieländern der Fall sei, die auf diesem Wege ihre Industrien subventionieren würden. Letzteres sei bei den sogenannten schweizerischen Mischkrediten in keiner Weise der Fall.

Während O. einerseits der Ansicht von S. über die Notwendigkeit der Graduation zustimmte, äusserte er Verständnis für das Zögern dieser Länder, ersessene Vorteile ohne weiteres aufzugeben. Japan könne ja seiner eigenen historischen Erfahrung das Gefühl der Unsicherheit einzelner dieser Länder sehr gut verstehen.

Zu 2: Bilaterale Bankenbeziehungen

S. würdigte die in wesentlichem Masse auf amerikanischen Druck zustande gekommene Liberalisierung im japanischen Finanzwesen und die allmähliche Internationalisierung des Yen, gab aber seinem Bedauern Ausdruck, dass die Anliegen der Schweiz dabei bisher kaum berücksichtigt worden seien, obwohl hinsichtlich Kapital-

verkehr die Schweiz für Japan ein grosser und gewichtiger Partner sei. Der für zahlreiche japanische Unternehmen wichtige Kapitalmarkt sei seit langem und im Gegensatz zu anderen westlichen Kapitalmärkten in ununterbrochener Weise offen. Unter Ueberreichung einer Kopie des für das FM bestimmten Memorandum appellierte S. an O., seinen Einfluss zu einer adequaten und fairen Berücksichtigung der schweizerischen Interessen geltend zu machen, vorallem im Wertpapierbereich, Trust banking und bei Verbesserung der Refinanzierungsmöglichkeiten.

O. stimmte zu, dass die Beschleunigung des Liberalisierungsprozesses im Finanzwesen stark unter amerikanischen Einfluss geraten sei. Bei der Festlegung von Quoten (overnight position, swap limits, Rediskontfazilitäten u.a.m.) gehe die BOJ jedoch von rein objektiven Kriterien aus ("very impersonal"). Für das Trust banking sei das MOF allein zuständig, doch würden auch diesbezüglich rein objektive Kriterien bei der Zuteilung der Lizenzen ausschlaggebend sein.

Zu 3: Personelle Veränderungen

O. erklärte, seit kurzem Deputy Governor zu sein. Der bisherige Direktor des Foreign Department, Ohta, sei zum Executive Director for Foreign Relations aufgerückt und somit für den BIS zuständig. Mieno schliesslich sei als Vice-Governor bestätigt worden.

Tokio, 2.1.1985

681.1 sd - TH/gd

Tokio, 2. Februar 1985

Gespräch von Herrn Staatssekretär C. Sommaruga (So.)
mit K. Wakasugi (W.), Deputy Minister for International
Trade and Industry, MITI
31. Januar 1985, 15.00 - 16.00 h

So. leitet seine Darlegung der schweizerischen Position im multi-lateralen und bilateralen Bereich mit dem Hinweis auf gewisse Gemeinsamkeiten Japans und der Schweiz ein: Die Arbeitsamkeit der Bevölkerung, der Glaube der Industrie an die Notwendigkeit des Strukturwandels, die Zusammenarbeit von Staat und Wirtschaft in R+D und Ausbildung, das Bekenntnis zum Multilateralismus im Welthandel und damit zusammenhängend die Ueberzeugung, dass Stillstand in diesem Bereich Rückschlag bedeutet. Die Schweiz befürworte aus diesen Gründen die bisher nur von Japan und den EFTA-Staaten beschlossene Vorziehung der Zollsenkungen aus der Tokio-Runde um 2 Jahre bzw. 1 Jahr, ebenso wie die Nakasone-Initiative für einen "new round" im GATT.

Immerhin bestünden Nuancen zur japanischen Position. Dies zeige sich vor allem in der prioritären Gewichtung folgender 3 Punkte im Hinblick auf den "new round": Notwendigkeit ernsthafter Reparaturen am GATT-Ist-Zustand vor dem "new round", klare Festlegung der zu verhandelnden Sektoren, samt Zielsetzungen und "links", sowie Gewinnung aller Mitglieder (inkl. EL und NICS) fürs Mitmachen.

Die Schweiz insistiere insbesondere darauf, dass der "new round" nicht stattfinden dürfe ohne weitgehende Verwirklichung des im Arbeitsprogramm von 1982 beschlossenen "roll back" des Protektionismus. Die Schweiz sei nämlich nicht bereit, in der neuen Runde ein zweites Mal für Konzessionen zu zahlen, auf die sie schon bisher einen Anspruch hatte, die ihr aber durch protektionistische Partnerstaaten vorenthalten wurden. Deshalb müsse hinsichtlich längst gemachter Versprechungen endlich zur Tat geschritten; sonst seien auch neue Statements nicht glaubwürdig.

- 2 -

Was das bilaterale Verhältnis betreffe, so gedeihe dieses zwar vor dem Hintergrund der einleitend erwähnten Gemeinsamkeiten zwischen Japan und der Schweiz recht gut. Geschäftsleute und Investoren sorgten für einen immer intensiveren Austausch und mehr Zusammenarbeit. Die daraus resultierenden umfangreichen japanischen Exporte nach der Schweiz seien das Resultat guter japanischer Leistungen und für die Schweiz als solche durchaus akzeptabel. Die Schweiz möchte jedoch, dass ihr liberales System im Finanzsektor und bei der Einfuhr von Industriegütern (welches eine solche ausländische Marktdurchdringung überhaupt erst ermöglicht), allmählich auch sein Gegenstück in Japan finde. Insbesondere sollten diesbezügliche schweizerische Anliegen in Japans Verhandlungen mit den Grossen Handelsblöcken EG und USA nicht einfach vergessen werden, zumal die Schweiz - im Gegensatz zu einzelnen dieser Staaten - nie Importe aus Japan behindert habe.

So. erinnert in diesem Zusammenhang an die wichtigsten bilateralen Handelspetita (commodity tax-Abstufung auf edelmetallhaltigen Uhren, Feuerzeugen und Schreibgeräten; Zollsenkungen auf Skischuhen, Schokoladeguss und Käse).

W. schätzt die von So. gezeigte Wertschätzung für die bisherigen japanischen Leistungen. Er betont, dass sich Japan stets wirksam um Marktöffnung bemüht habe und diesbezügliche ausländische Kritik unberechtigt sei. Da aber Marktöffnung in jedermanns Interesse sei, werde sie auf jeden Fall weitergehen. Dabei bevorzuge Japan niemanden, und die Konzessionen gegenüber den USA nützten im übrigen auch den anderen Ländern.

Bezüglich "roll back" und "new round" seien die schweizerische und die japanische Position im Grunde gleich. Japan schätze die schweizerische Haltung und messe der Schweiz einen erheblichen Einfluss auf die weitere Haltung der Entwicklungsländer zu. Man sollte nicht zu sehr auf den Nuancen zwischen den beiden Positionen herumreiten. Entscheidend sei nämlich, dass zu viel Insistieren auf der vorgängigen Aufräumung der noch herumliegenden unerledigten Brocken aus

der letzten Runde das Zustandekommen der Neuen gefährde. Die erfolgreiche Beendigung des "roll back" könne deshalb - bei allem Verständnis für die Motive einer solchen Haltung - nicht Bedingung für den Beginn des "new round" sein und dürfe nicht als Vorwand für dessen Verzögerung dienen.

So. betont nochmals, dass die Schweiz, auch wenn sie nicht auf einem erfolgreichen Abschluss des "roll back" vor Beginn des "new round" beharre, zwischen den beiden einen notwendigen inneren Zusammenhang sehe, der kein Vorantreiben des "new round" ohne entsprechende parallele Fortschritte beim "roll back" gestatte. Die bisherigen Sünden wider das GATT dürften nicht einfach ungestraft im "new round" untergehen, und die Rücknahme dieser protektionistischen Praktiken sollte von GATT-treuen Staaten wie der Schweiz nicht noch ein zweites Mal mit weiteren Konzessionen ihrerseits abgegolten werden müssen.

W. vertritt die Ansicht, dass man nie zu einem "new round" gelange, wenn man alle heute grassierenden protektionistischen Praktiken, insbesondere in der grauen Zone, abschaffen wolle.

So. weist zu diesem Thema abschliessend darauf hin, dass die schweizerische Position nicht aus dem Abschluss des "roll back" eine Vorbedingung für den "new round" mache, sondern die beiden so miteinander verbinde, dass bis zum Ende das "new round" auch der "roll back" vollzogen sein müsse und Fortschritte des einen nur bei vorausgehenden oder zumindest parallelen Fortschritten des anderen möglich seien.

W. antwortet dann summarisch auf die erwähnten Schweizer Handelsbegehren: Die Hotelquote für Schmelzkäse sei in der Praxis nach oben keineswegs starr; der Zollsatz für Schokoladeguss sei zwar seiner Ansicht nach noch nicht tief genug, aber wegen der agrarpolitisch bedingten hohen Zuckerpreise der einheimischen Produktion einstweilen unantastbar; für importierte Schreibgeräte hätte die Vorziehung der Zollsenkungen der Tokio-Runde bereits eine gewisse Verbesserung gebracht; für die Uhren gelte dasselbe auf

Grund der Aenderung der touristischen Zollfrei-Einfuhr-Regelung; und für die Skischuhe gelte es zu bedenken, dass 60 - 70 % des japanischen Verbrauchs aus ausländischen Quellen gedeckt werde und die Importliberalisierung deshalb nur allmählich erfolgen könne.

W. wirft schliesslich die vorgesehenen schweizerischen Lärmvorschriften für Motorräder auf, die nicht nur die aus Japan importierten Maschinen "unmarketable" machen würden; wobei mit dieser wirtschaftlich-technischen Feststellung keineswegs eine Einmischung in die schweizerische Umweltschutzpolitik beabsichtigt sei.

So. weist darauf hin, dass die Inkraftsetzung der neuen Regeln erst auf den 1.10.1986 vorgesehen sei und dass sie momentan ohnehin nochmals überprüft würden. Es bestehe Hoffnung, dass eine Abschwächung der Vorschriften politisch möglich sei, und die Entsendung einer japanischen Expertendelegation nach Bern (EJPD) könnte der Sache förderlich sein. So. dankt für das Gespräch.

681.1 - TH/gd

Tokio, 2. Februar 1985

Gespräch von Herrn Staatssekretär C. Sommaruga (So)
mit S. Tanimura (T.), Deputy Director General,
Economic Planning Agency (EPA)
31. Januar 1985, 14.15 - 14.45 h

So. eröffnet das Gespräch mit dem Hinweis auf die erfolgreiche japanische Wirtschaftspolitik, welche das Gewährenlassen dynamischer Marktkräfte mit einer auf breite Konsensbildung abgestützten staatlichen "guidance" verbindet. So. fragt, wie dies - namentlich hinsichtlich der effizienten Restrukturierungsschritte und der laufenden Deregulierungsbemühungen in verschiedenen Sektoren der Wirtschaft - ohne grössere Schwierigkeiten möglich sei.

T. erklärt das japanische Erfolgsrezept wie folgt: Man orientiere sich an einer Grundphilosophie freier Marktwirtschaft, die staatliche Massnahmen nur dort zulasse, wo diese im Interesse einer raschen und reibungslosen Anpassung stagnierender oder niedergehender Industrien unbedingt nötig seien. Dabei komme vor allem einer flexiblen Beschäftigungspolitik und der Förderung der Mobilität der Arbeitnehmerschaft selbst entscheidende Bedeutung zu. Ein wichtiges Steuerungsinstrument für die längerfristige Wirtschaftsentwicklung bildeten die von der EPA erstellten und jährlich revidierten 10-Jahres-Leitbilder ("Outlooks and Guidelines"), in welche die verschiedenen Ministerien ihre Zielsetzungen für die einzelnen Fiskaljahre einzubetten versuchten. Die laufenden Deregulierungsprogramme (NTT, Telekommunikation, Eisenbahnen, Finanzsektor, Tabakmonopol usw.) seien z.B. auch Ausfluss dieser "Guidelines".

So. fragt nach der staatlichen Beschäftigungspolitik, der Innovationsförderung in der Ausbildung und den dabei verwendeten Anreizen.

T. rückt bei den staatlichen Bemühungen eindeutig die Berufsbildung und Umschulungskurse in den Vordergrund. Dabei könne man sich mehr als in den westlichen Industriestaaten auf die Arbeitnehmer aus rezessiven Industrien konzentrieren, da die aufstrebenden Industriezweige ihre beruflichen Ausbildungsanstrengungen selbst trügen und

kaum Abgänge von Arbeitnehmern zu verzeichnen seien. Auch hier gelte, dass die Regierung die Grundlinien festlege und die Ausführung derselben der Wirtschaft überlasse. Ausnahmen ergäben sich vor allem bei grösseren R+D-Projekten, welche als Schlüsselemente für die Weiterentwicklung ganzer Branchen betrachtet würden, die Kräfte einzelner aber überstiegen. Hier müssten nationale und regionale (präfekturale) Regierungsprojekte, die ebenfalls in enger Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft realisiert würden, die Lücke schliessen. Zur R+D-Stimulierung äussert sich T. nicht näher und beschränkt sich auf den Hinweis, dass die Ausgaben für Forschung und Entwicklung ca. 2,5 % des BSP betragen und zu nur 25 % von der öffentlichen Hand finanziert würden.

So. nennt die entsprechenden Zahlen für die Schweiz (3 % des BSP und ebenfalls 25 % staatlicher R+D-Anteil, bei starker Konzentration desselben auf Grundlagenforschung und Ausbildung).

So. gibt zum Abschluss dem Wunsch Ausdruck, Japan möge ganz allgemein vermehrt die internationalen Auswirkungen seiner eigenen Wirtschaftspolitik berücksichtigen und dabei insbesondere der Tatsache Rechnung tragen, dass zu viel staatliche Einflussnahme und Koordination dem wirklich freien Spiel weltweiter Konkurrenz abträglich sei.

T. gibt sich grundsätzlich einverstanden und betont, Japan bemühe sich, solchen Einsichten im Interesse eines harmonischen weltwirtschaftlichen Wachstums vermehrt zum Durchbruch zu verhelfen, wie dies z.B. mit dem letzten Marktöffnungspaket vom Dezember 1984 wieder geschehen sei.

681.1 sd - TH/gd

Tokio, 2. Februar 1985

Gespräch von Staatssekretär C. Sommaruga (So.)
mit M. Ueda (U.), Vorsitzendem des Japan-EFTA
Komitees des KEIDANREN und Chairman der
Nissho Iwai Corp., in Anwesenheit von
M. Miyoshi, Senior Managing Director des KEIDANREN
1. Februar 1985, 10.45 - 11.30 h

So. eröffnet das Gespräch mit dem Hinweis auf die Grundlage schweizerisch-japanischer Wirtschaftsbeziehungen, nämlich marktwirtschaftlicher Konkurrenz auf Grund beidseitiger Stärke. Dabei müssten auf beiden Seiten freier Marktzugang und gleiche Konkurrenzbedingungen gegeben sein. Im Sinne der Herstellung und Erhaltung eines solchen Zustandes begrüsse die Schweiz den Dialog des Keidanren mit den Partnern in den EFTA-Staaten.

U. würdigt die positive Rolle der EFTA-Staaten für den Freihandel und insbesondere auch gegenüber Japan. Deshalb sei kürzlich auch das EFTA-Komitee des Keidanren gegründet worden, dessen Vorsitz er mit grosser Befriedigung übernommen habe. U. stellt verschiedene vorgesehene Tätigkeiten seines Komitees vor (Organisation von Seminarien, Besuchsreisen, Stellungnahmen zu Handen der Behörden, PR-Aktionen usw.). U. erwähnt sodann die laufenden Keidanren-Kontakte mit der Schweiz (beim Treffen mit den Botschaftern der EFTA-Staaten Ende 1984, Besuch des Vorortspräsidenten von Planta im Januar, kommende Keidanren-Mission in die Schweiz und andere EFTA-Staaten im April).

So. erwidert: Japan und die EFTA-Staaten hätten bei der Durchführung der vertrauensbildenden Massnahmen der OECD eine gewisse Führungsrolle übernommen und müssten nun auch weiter dafür kämpfen, dass die vielen grossen "policy statements" der handelspolitischen Szene kohärent in die Tat umgesetzt würden. Es bleibe viel zu tun. Was dabei die EFTA betreffe, so habe sie zwar ihrer Natur entsprechend keine gemeinsame Aussenhandelspolitik der Mitgliedstaaten anzubieten, dafür aber eine gemeinsame

liberalistische Grundphilosophie, die sie trotz zum Teil erheblicher Unterschiede in der konkreten Interessenlage der einzelnen Volkswirtschaften zu einer Stütze des Freihandels mache.

Hinsichtlich der schweizerischen Interessenlage seien zunächst die Banken von erheblicher Bedeutung. Präsident von Planta hätte die Begehren der schweizerischen Banken für erweiterte Geschäftsmöglichkeiten in Japan kürzlich in einem Memorandum auch dem Keidanren unterbreitet. Ein weiteres Gebiet, auf dem sich die Schweiz vom Keidanren Unterstützung erhoffe, sei die Zivilluftfahrt. Die Schweiz stehe hier mit einem privatwirtschaftlichen "national carrier", der von der Regierung keinerlei Subventionen erhalte, ziemlich einzigartig da. Entsprechend hoffe die Schweiz, dass die japanischen Behörden es dieser eigenverantwortlichen Fluggesellschaft zugestehen würden, nach marktwirtschaftlichen Kriterien selbst darüber zu urteilen, ob und wie sie das Risiko einer Kapazitätserweiterung ihres Verkehrsvolumens zwischen der Schweiz und Japan auf sich nehmen wolle. Die Politik der japanischen Behörden, von der SWISSAIR zuerst einen "Bedarfsnachweis" für das erweiterte Angebot (Polroute und Frachtquotenerhöhung) zu verlangen, sei marktwirtschaftlich unglaubwürdig.

Zur Zukunft des multilateralen Welthandelssystems führt So. folgendes aus: Die Schweiz begrüße die Nakasone-Initiative für den "new round", denn Stillstand bedeute hier Rückschlag. Insbesondere müsse der zunehmende Bilateralismus im Welthandel gestoppt werden. Nur die durch einen konsequenten Multilateralismus gewährleistete Transparenz des Welthandelssystems und Effizienz der Handelsströme würden die Unternehmer weiter dazu animieren, die nötigen Risiken und Investitionen auf sich zu nehmen, die es für eine weltweite Wohlstandserhaltung bzw. -vermehrung brauche. Eine japanische Führungsrolle sei hier in Anbetracht der Bedeutung des Landes wichtig und nötig. Entscheidend sei, dass der neuen Runde eine gute Erfolgsaussicht gesichert werde, denn ein unvollkommenes "altes" GATT sei immer noch besser als ein aus einem gescheiterten Verbesserungsversuch hervorgegangenes "neues" GATT. So. überreicht U. den Text seines am Vortag gehaltenen Vortrags zu diesem Thema vor der Schweizerischen Handelskammer.

U. ist grundsätzlich einverstanden und betont, dass auch die japanische Regierung sich bemühe, in dieser Richtung Fortschritte zu machen. Die verbleibenden Schwierigkeiten müssten plangemäss weiter reduziert werden. Was die Liberalisierung des Finanzsystems im besonderen betreffe, so gelte der Ausspruch des Chefs der Dai-Ichi Kangyo Bank, Hagura, die Deregulierung in diesem Sektor sei ein "river of no return", d.h. nicht mehr rückgängig zu machen. Für die diesbezüglichen Anliegen der Schweiz, wie auch für die Begehren der SWISSAIR und anderer werde sich der Keidanren nach Kräften einsetzen. Das bilaterale Handelsvolumen vertrage in beiden Richtungen durchaus noch eine Vergrösserung, namentlich im Vergleich zur bereits sehr intensiven Präsenz im Partnerstaat auf dem Gebiet der Investitionen und der Finanzen. Uebrigens sei auch seine Firma, die Nissho Iwai Corp., nebst vielen anderen Keidanren-Mitgliedern, ein guter Kunde des schweizerischen Kapitalmarktes.

So. meint, dass U. demnach bestens verstehe, wenn schweizerische Banken in Japan ähnliche Entfaltungsmöglichkeiten suchten, wie sie den japanischen Banken in der Schweiz offenstünden. Das eindrückliche japanische Liberalisierungsprogramm sollte im übrigen auch kleineren Ländern, und nicht nur den grossen Handelsblöcken EG und USA mit ihren wirksameren Druckmöglichkeiten, etwas bringen. Gerade diese kleineren Länder hätten nämlich - im Gegensatz zu vielen grösseren Ländern - die japanischen Exporte kaum je behindert.

So. spricht U. zum Schluss als Geschäftsmann an, um ihn dazu aufzurufen, im Keidanren und anderswo eine weitere Ausbreitung des "countertrade" zu bremsen, da dieser Trend einem effizienten multilateralen Welthandelssystem in hohem Masse abträglich sei. Auch die NICS sollten sich diesbezüglich im eigenen Interesse (Gefahr der Erhaltung überholter Strukturen) mehr Zurückhaltung auferlegen. Es sei hier noch beträchtliche Aufklärungsarbeit nötig, die mitzutragen gerade japanische Geschäftsleute immer wieder Gelegenheit hätten (z.B. bei ASEAN-Staaten). Die von

Herrn Miyoshi vor Beginn des Gesprächs erwähnte neuliche Gründung eines "Trade Development Board" in Singapur, dem vor allem die Förderung des "countertrade" aufgegeben sei, stimme natürlich bedenklich.

So. beglückwünscht U. zur bevorstehenden Reise des EFTA-Komitees des Keidanren in die Schweiz und erklärt sich erfreut, U. bei dieser Gelegenheit, wenn es irgendwie gehe, wiederzusehen.

U. unterstreicht, dass auch kleinere Staaten - insbesondere die Schweiz - für Japan wichtige Partner seien. Er freue sich, sie aus erster Hand kennen zu lernen, auch wenn er offenbar an diesem Morgen von So. in nuce das Wesentliche schon mitbekommen habe.